57. Jahrgang. № 338.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Sonnabend, 7. Dezember 1912.

**Bezugs-Gebühr** vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

**Anzeigen-Tarif.** Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pf., **Familien-Nachrichten** aus **Dresden** 25 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 75 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1,50 M. — In Nummern nach **Sonn-** und **Feiertagen** die einspaltige Grundzeile 35 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundzeile 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: **Nachrichten Dresden.**
Fernsprecher: **11 • 2096 • 3601.**

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

**A. F. Kegler & Co.**, Papierhandlung, Rosmaringasse 3, nahe Schlossstrasse. Grosse Auswahl in Füllfederhaltern bewährter Systeme, sowie Goldfedern für jede Hand passend. Der Vorteil einer Goldfeder ist, dass sie sich selbst bei jahrelangem Gebrauch nicht abnutzt. Umtausch innerhalb 14 Tagen gestattet. Reparaturen prompt und billigst. Gegründet 1828. • Fernsprecher 1362.

**Ullrichs Pianinos** sind **vorzüglich,** dabei sehr **preiswürdig.** 1 Pirnaische Strasse 1 (am Pirnaischen Platz).

Hoflieferant Ihrer Königl. Hoh. d. Frau Prinzessin Johann Georg H. z. S.
Hochelegante Neuheiten feiner, solider **Lederwaren**
Luxuriöse u. praktische Artikel in jeder Preislage
empfiehlt in reichhaltigster Auswahl **Oskar Zscheile**
Pragerstr. 13 Ecke Ferdinandstr.

**Hüte jeder Art**
**Buchholz** (21)
nur **Wettinerstr.**

**Tuchwaren.** Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf.**, Marienstr. 20, 3 Raben.

## Für eilige Leser.

Mutmaßliche **Witterung:** Wolkig, etwas wärmer, vorwiegend trocken.

Die römischen Blätter melden übereinstimmend, daß die amtliche **Publizierung des neuen Dreibundvertrages** in den ersten Tagen des Januar gleichzeitig in Rom, Berlin und Wien erfolgen werde.

Im **Reichstage** wurde die Anfrage eingebracht, ob die Reichsregierung Maßnahmen gegen das **Vordringen des amerikanischen Tabaktrusts** zu ergreifen gedenkt.

Der **Reichstag** beschäftigte sich gestern bei der Etatberatung wieder in ausgedehntem Maße mit dem Bundesratsbeschluß über das **Jesuitengesetz.** Die **Hauptteile des Etats** wurden an die **Budgetkommission** verwiesen.

Eine **Konferenz im Reichsamt des Innern** erörterte Mittel und Wege, die den Vertrieb **englischer Waren mit deutscher Aufschrift** in Deutschland verhindern sollen.

Das **preußische Abgeordnetenhaus** nahm das **Wassergesetz** in dritter Lesung einstimmig an.

**Oesterreich-Ungarn und Italien** teilten der griechischen Regierung mit, daß sie die Besetzung **Valonas**, der Halbinsel **Linguetta** und der Insel **Saseno** keinesfalls gestatten würden.

**Bulgarien** wird, dem Vernehmen nach, auf keinen Fall der Türkei **Adrianopel und Dedeagatsch** überlassen.

Die Nachricht von der bevorstehenden Abberufung des russischen Gesandten **v. Hartwig** aus Belgrad wird von der russischen Regierung als **unrichtig** bezeichnet.

Der **nordamerikanische Marinesekretär Meyer** beantragt beim Kongreß die „Schaffung eines **Ausschusses für nationale Verteidigung**".

## Frankreichs Haltung in der Balkankrise.

Nach dem deutschen Reichskanzler hat nunmehr auch der französische Ministerpräsident seine Ansicht über die internationale Lage in der Kammerkommission für die auswärtigen Angelegenheiten urbi et orbi verkündet. Angekündigt war diese Rede schon lange, und als Herr von Bethmann-Hollweg im Reichstage gesprochen hatte, wurde noch insbesondere versichert, daß Herr **Poincaré** auf den Keil des deutschen Staatsmannes einen noch derberen Klotz setzen und die unbedingte Bundestreue und Waffenbrüderschaft Frankreichs gegenüber den beiden anderen Mächten des dreifachen Einverständnisses mit der größten Schärfe betonen werde. Es sollte also angeblich eine Art Trutzrede sein, die Herr Poincaré zu halten beabsichtigte. Wenn die Schrittmacher des französischen Ministerpräsidenten in der Pariser Presse das Ziel verfolgten, für den historischen Moment, wo Herr Poincaré seine Stimme erheben würde, im voraus eine größere Spannung zu erzeugen, so haben sie das durch den Hinweis auf die zu gewärtigende Hervorkehrung des Gegensatzes zum deutschen Kanzler in der Tat bis zu einem gewissen Grade erreicht. Um so größer ist aber auch die Enttäuschung dieser Elemente, nachdem Herr Poincaré nun wirklich gesprochen hat. Seine Ausführungen gipfeln in einer rein sachlichen Darlegung des bisherigen Verlaufes der Balkankrise und betonen das Festhalten Frankreichs an seinen Bündnissen und Freundschaften nur in einer so durchaus ruhigen und gemäßigten Form, daß daran nach keiner Richtung Anstoß genommen werden kann. Für uns ist die Enttäuschung jedenfalls eine angenehme, weil die Rede keine weitere Verschärfung der Gegensätze unter den Mächten bringt.

Man muß überhaupt von unserer Seite Herrn Poincaré die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er für seine Person alles vermieden hat, was den krisenhaften Zustand in den gegenwärtigen Zeitläuften hätte verschlimmern können. Der französische Kabinettschef, der zugleich das Portefeuille des Auswärtigen innehat, zeigte in den jetzigen internationalen Wirrnissen von Anfang an das Bestreben, seinen Einfluß zugunsten des Friedens in die Wagschale zu werfen und bekundete dies u. a. dadurch, daß er in geradezu auffälliger, d. h. für die Revanchepatrioten auffälliger Weise mit Deutschland Hand in Hand ging. Herr Poincaré glaubte offenbar, daß es für Frankreich möglich sein werde, in der gegenwärtigen Orientkrise dieselbe Haltung zu beobachten, wie 1909, als die dritte Republik sich auf Oesterreichs Seite stellte und dadurch gleichzeitig eine Annäherung an Deutschland vollzog. Diese Rechnung hat sich indessen als falsch erwiesen, hauptsächlich wegen der unruhigen russischen Politik, die diesmal alle Hebel in Bewegung setzte, um das Bündnis mit Frankreich für ihre Sonderzwecke auszunutzen, dann aber auch infolge eigenen Verschuldens des Herrn Poincaré, der sich mit seinem ursprünglichen „Desinteressements"-Vorschlage von Rußland in eine Falle locken ließ und sich dadurch bei der öffentlichen Meinung seines Landes der Autorität für seine auswärtige Politik beraubte. Es ist noch in allgemeiner Erinnerung, wie man in Berlin, Wien und Rom gleichermaßen baß erstaunt war, als Herr Poincaré plötzlich mit der Idee herausrückte, sämtliche Großmächte sollten eine Erklärung erlassen, daß sie im Orient „nicht interessiert" seien, um auf dieser Grundlage ein gemeinsames Vorgehen zu ermöglichen. Nachher stellte sich heraus, daß die geistige Urheberin dieses eigenartigen Gedankens die Petersburger Diplomatie war, die mit echt sarmatischer Gerissenheit den naiven französischen Bundesbruder in die Feuerlinie geschickt hatte, um sich selbst die Blamage im Falle des Fehlschlagens der Aktion zu ersparen. Gemünzt war die Sache auf Oesterreich, das in dem in Petersburg angefertigten und von Herrn Poincaré ausgeworfenen Netze der **Desinteressements-Erklärung** eingefangen und in seiner Bewegungsfreiheit auf dem Balkan gehemmt werden sollte. In Wien durchschaute man den Plan sofort und winkte energisch ab, und Deutschland und Italien taten prompt das gleiche. So hatte sich also Herr Poincaré eine unzweifelhafte empfindliche Niederlage zugezogen, durch die der französische Nationalstolz sich verletzt fühlte, und die er sofort zum Anlaß nahm, um gegen den Ministerpräsidenten einen oppositionellen Feldzug zu eröffnen.

Heute steht **Frankreich**, im Widerspruch mit den wiederholten diplomatischen Schritten Herrn Poincarés zugunsten des europäischen Friedens, **ganz an der Seite Rußlands** und nimmt in seiner Presse gegen Oesterreich und den Dreibund Stellung. In demselben Geiste ist auch die Beurteilung der Rede unseres Kanzlers gehalten. Man behauptet frischweg, daß Herr v. Bethmann-Hollweg die Absicht habe, aus dem deutsch-österreichischen Defensivbündnis ein Offensivbündnis zu machen, und gleichzeitig wird aus den Beklemmungen wegen der verbesserten deutsch-englischen Beziehungen und aus der Furcht vor dem Abschlusse eines deutsch-englischen Uebereinkommens kein Hehl gemacht. Das alles schiebt man Herrn Poincaré in die Schuhe, um im Anschluß daran zu erklären, daß er zum Diplomatenfache nicht tauge, und daß die Richtigkeit seiner auswärtigen Politik durch die Ereignisse zum Schaden Frankreichs bewiesen worden sei.

Was die Franzosen von einem Leiter der auswärtigen Angelegenheiten unter den gegenwärtigen Verhältnissen verlangen, ist mit Worten leicht gesagt; es besteht nämlich darin, daß er Frankreich auf der ganzen Linie zu einer führenden Rolle verhilft. Diese Forderung ist aber nicht so einfach in die Tat umzusetzen, vor allem auch deswegen nicht, weil die dritte Republik sich nicht bloß von ihren besonderen Interessen leiten lassen kann, sondern auf Schritt und Tritt Rücksicht auf die allgemeinen politischen Gesichtspunkte nehmen muß, die für die Staaten des dreifachen Einverständnisses maßgebend sind. Dadurch entstehen vielfache Hemmungen und Schwierigkeiten, zu deren Ueberwindung eine hervorragende diplomatische Kunst und Geschicklichkeit erforderlich ist, über die aber Herr Poincaré augenscheinlich nicht in genügendem Maße verfügt. Inzwischen hat der Ministerpräsident sich bemüht, dem Verlangen seiner Landsleute nach stärkerer Betätigung des französischen Prestiges im Orient dadurch entgegenzukommen, daß er in Stambul nachdrücklich das Schutzrecht über alle katholischen Christen in der Türkei betonen ließ, das von Frankreich noch immer auf Grund einer alten, aber völkerrechtlich nicht mehr haltbaren Tradition beansprucht wird. Der französische Botschafter in Stambul hat bei der Pforte die Erklärung abgegeben, daß die türkische Regierung tatkräftig das Leben und Eigentum aller Katholiken im Orient, deren Schutz Frankreich zukomme, zu sichern habe, widrigenfalls sie von der Regierung der Republik für allen Schaden verantwortlich gemacht werden würde. So etwas schmeichelt der nationalen Eitelkeit der Franzosen, und dann wissen sie sich plötzlich trotz ihrer sonstigen Kulturkampfbegeisterung zu erinnern, daß Frankreich „die älteste Tochter der römischen Kirche" ist und als solche das — wie bereits bemerkt, längst veraltete — Recht und die Pflicht hat, die Katholiken im Orient zu beschützen. Ob es nicht vielleicht noch nötiger wäre, auf den Schutz der Türken gegen die Wut der Soldateska des Balkanbundes bedacht zu sein? Nach den teilweise geradezu haarsträubenden Berichten über die von serbischen und bulgarischen Truppen verübten Grausamkeiten möchte man es glauben. Einige weitere Streiflichter auf die französische Orientpolitik will Herr Poincaré noch vor Weihnachten in einer großen Rede im Plenum werfen. Bis dahin werden wir uns gedulden müssen.

# Die Balkankrise.

### Oesterreichisch-italienischer Protest in Athen.

Die römische „Tribuna" schreibt: Die Hartnäckigkeit, mit der Griechenland gegen Valona vorgeht, macht einen **ungünstigen Eindruck** auf die öffentliche Meinung **Italiens**, welche, da sie die große Wichtigkeit der Sache kennt, über die albanische Frage mit der Regierung vollständig eines Sinnes ist. Außerdem wissen wir, daß jeden Augenblick, wenn sie nicht schon erfolgt ist, der italienische und der österreichisch-ungarische Gesandte in Athen die Mitteilung machen werden (inzwischen bereits geschehen. Red.), daß **Italien und Oesterreich-Ungarn** unter keinen Umständen gestatten werden, daß **Valona** oder die Halbinsel **Linguetta** und die Insel **Saseno** von irgendeiner Macht **besetzt** und in einen Flotten- oder militärischen Stützpunkt umgestaltet werden. Diese Ermahnung wird in der Form freundschaftlicher Courtoisie, aber zugleich in entschiedener Form abgegeben werden, und wir zweifeln nicht daran, daß Griechenland auf sie wird hören wollen, um so mehr, als es die freundschaftlichen Gefühle kennt, welche Griechenland gegenüber von Oesterreich-Ungarn und Italien gehegt werden, die nicht verfehlen werden, Griechenland in seinen anderen legitimen und vernünftigen Forderungen zu unterstützen. Wir regen uns über Episoden wie die von Valona nicht auf, weil wir die Aktionsfreiheit der Kriegführenden vollständig anerkennen. Es scheint uns indessen, in der Situation, wie sie gegenwärtig gegeben ist, und bei den Entschlüssen, wie sie von Italien und Oesterreich-Ungarn gefaßt worden sind, daß gewisse Handlungen, die auf die öffentliche Meinung einen wenig günstigen Eindruck machen, besser unterblieben wären.

### Ein bulgarisches Dementi.

Die Petersburger „Nowoje Wremja" veröffentlicht ein Interview mit den Gesandten Bulgariens und Serbiens in Petersburg über die mit dem Balkankriege zusammenhängenden Fragen. Der **bulgarische Gesandte** hat daraufhin die „Petersburger Telegraphen-Agentur" ersucht, die ihm zugeschriebenen Aeußerungen über die **griechisch-bulgarischen Beziehungen** kategorisch **zu dementieren.** Er habe überhaupt keinem Mitarbeiter der „Nowoje Wremja" ein Interview gewährt.

### v. Hartwig wird nicht abberufen.

Die in auswärtigen Blättern verbreitete Nachricht von der angeblich bevorstehenden **Abberufung des russischen Gesandten v. Hartwig aus Belgrad** wird im Petersburger Ministerium des Auswärtigen als **unrichtig** bezeichnet. Man versichert, daß für die nächste Zeit keinerlei Veränderungen in der russischen diplomatischen Vertretung bei den Balkanstaaten bevorstehen.

### Herr Ssasonow

hat die Absicht, in der **Duma** Mitteilung über die auswärtige politische Lage zu machen, **aufgegeben.**

### An der Londoner Botschafterkonferenz

werden, wie der „Rjetsch" erfährt, die kriegführenden Mächte nicht teilnehmen. Die Konferenz wird noch vor der Eröffnung der Friedensverhandlungen zusammentreten. Den **Vorsitz** wird wahrscheinlich der englische Minister des Aeußeren **Sir Edward Grey** führen. Mit seiner Stellvertretung soll der frühere englische Botschafter in Petersburg beauftragt werden. Falls Grey verzichtet, wird der Vorsitz **Paul Cambon** als dem Doyen des Londoner diplomatischen Korps angetragen werden.

### Die Bulgaren bestehen auf Adrianopel.

Die bulgarischen Delegierten werden in Belgrad ankommen und dann zusammen mit den serbischen Delegierten nach London abreisen. Es verlautet, **Bulgarien würde auf keinen Fall der Türkei Adrianopel und Dedeagatsch überlassen.**